



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

### **28. Sitzung (öffentlich)**

8. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

**5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5515

Vorlage 14/1251, 14/1296, 14/1310, 14/1376, 14/1377, 14/1383 und 14/1457

Der Ausschuss berät die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Änderungsanträge. Die Begründungen sowie die Abstimmungen über die Anträge sind der Vorlage 14/1457 zu entnehmen.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik stimmt** dem **Einzelplan 15** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **unverändert zu**.

**2 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern** 14

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4486

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** beschließt, **kein Votum** zu dem **Antrag Drucksache 14/4486** abzugeben.

**3 Jungen fördern – ohne Mädchen zu benachteiligen  
Durch individuelle Förderung die Geschlechtergerechtigkeit in der  
Schule weiter verbessern** 15

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/4488 – Neudruck

Zuschrift 14/1006

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **Drucksache 14/4488 – Neudruck** – mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

**4 Stand der Umsetzung von Gender-Mainstreaming und Maßnahmen  
der Frauenförderung im Geschäftsbereich des Innenministeriums** 19

Vorlage 14/1370

**5 Entwicklungsstand des von der Landesregierung beabsichtigten  
Handlungskonzeptes, um den Schutz und die Hilfe für die von einer  
Zwangsheirat bedrohten und betroffenen Zugewanderten,  
insbesondere der jungen Frauen, zu verbessern** 27

Vorlage 14/1372

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** stimmt dem **Antrag** von **Barbara Steffens (GRÜNE)** mit den Stimmen der CDU-

Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme der FDP-Fraktion **zu**, die **Bundratsinitiativen** von Minister Laschet mit Blick auf das Rückkehrrecht und den Abschiebeschutz für von Zwangsheirat betroffene Frauen **zu unterstützen**.

**6 Unterstützung der Landesregierung für das Programm „Integration durch Sport“ 39**

Vorlage 14/1371

**7 Entschlossen gegen K.-o.-Tropfen handeln! 39**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/5019

Die Beratung über TOP 6 und 7 wird verschoben.

**8 Verschiedenes 40**

Der **Ausschuss** kommt überein, **kein Votum** zu den Gesetzentwürfen **Drucksache 14/4834** sowie **Drucksache 14/3673 abzugeben**.

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5515

Vorlage 14/1251, 14/1296, 14/1310, 14/1376, 14/1377, 14/1383 und 14/1457

**Anmerkung des Protokolls:** Der Ausschuss berät die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Änderungsanträge. Die Begründungen sowie die Abstimmungen über die Anträge sind der Vorlage 14/1457 zu entnehmen. Im Folgenden werden nur noch Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Zu der lfd. Nr. 1 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 035 – Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann – Titelgruppe 61 – Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen – Titel 684 61 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – Maßnahme 1 – Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen** – legt **Barbara Steffens (GRÜNE)** dar, ihre Fraktion habe sich im letzten Jahr heftig gegen die Streichung der vierten Personalstelle in den Frauenhäusern gewehrt. Jetzt liege eine erste Bilanz vor, welche Konsequenzen die Streichung habe. Man müsse diese Stelle auf jeden Fall wieder einrichten. Es habe einen qualitativen und quantitativen Einbruch gegeben.

Fest stehe, dass die Gewalt gegen Frauen zunehme. Sie fordere, diese Summe wieder einzusetzen und den Haushalt aufzustocken.

**Ursula Meurer (SPD)** erklärt, ihre Fraktion könne allen Anträgen, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorlege, zustimmen, insbesondere der Aufstockung der Personalstellen bei den Frauenhäusern auf den Stand von 2006. Aufgrund der Kürzungen seien 100 Plätze in den Frauenhäusern abgebaut worden. Ihre Fraktion halte die Erhöhung der Pauschalen zur Anpassung von Gehältern für notwendig. Sie bitte allerdings noch, die Deckungsvorschläge zu nennen.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** erwidert, insgesamt gehe es um ein Volumen von ca. 4 Millionen €, die für den Bereich Frauen gefordert würden. Sie würden nicht aus dem Einzelplan 15 gegenfinanziert. Das gesamte Haushaltskonzept werde wie im letzten Jahr in den Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht. Die Deckungen würden aus anderen Einzelplänen erbracht. In diesem Aufgabengebiet sei es nicht möglich, weiter umzuverteilen. Der Bereich müsse vielmehr aufgestockt werden.

**Dr. Anna Boos (SPD)** gibt zu bedenken, wenn man die Mittel für die Frauenhäuser kürze, was im Jahre 2006 massiv geschehen sei, treffe man neben den Frauen auch die Kinder. Die 62 Frauenhäuser würden von 5.000 Frauen und 5.000 Kindern genutzt.

**Helga Gießelmann (SPD)** befürchtet gravierende Einschränkungen für die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder. Diese Einschränkungen könne ihre Fraktion nur ablehnen. Frauen würden zum Teil abgewiesen. Es gebe lange Wartezeiten. Das könne man nicht dulden. Die Frauen bräuchten Schutz und Hilfe sofort dann, wenn es angebracht sei. Man müsse da dringend wieder aufstocken.

**Ursula Monheim (CDU)** betont, natürlich sei es immer schmerzhaft, wenn man an einer Stelle konsolidieren müsse. Sie erinnere daran, dass in der letzten Legislaturperiode jedes Jahr darum gerungen worden sei, dass die Frauenberatungsstellen in den einzelnen Kommunen von den Kürzungen ausgenommen würden. Jetzt sei eine Entscheidung getroffen worden, diese kleinen Einrichtungen, die im Wesentlichen auch der Nachsorge dienten und die Frauen stabilisieren sollten, von Kürzungen auszunehmen.

Die vierte Personalstelle sei auch erst im Jahr 1997 eingerichtet worden. Die Stabilisierung der Frauen in Richtung Normalität werde jetzt zum Teil auf die Beratungsstellen verlagert. Dort würden keine Kürzungen vorgenommen. Sie sei froh, dass die kleineren Beratungsstellen nicht mit weiteren Kürzungen belastet würden. Jahr für Jahr habe man um deren Existenz gekämpft. Das sei jetzt mit der neuen Landesregierung kein Thema mehr. Die Landeszuschüsse blieben stabil.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** erwidert, als Rot-Grün die Regierungsverantwortung getragen habe, hätten immer wieder Kürzungsvorschläge seitens des Ministeriums vorgelegen. Rot-Grün habe jedes Mal die Kürzungen zurückgenommen. CDU und FDP hätten keine Kraft und auch nicht den Willen, den Frauenminister zu unterstützen und die Summen beim Finanzminister wieder einzufordern.

Die Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen sei bekannt. Die Einsparungen würden in keinem Bereich kompensiert. Die Stellungnahmen aus den Frauenhäusern und Mädchenhäusern belegten, dass es qualitative und quantitative Defizite gebe. In Zusammenhang mit Zwangsheirat und anderen Themen könne es nur um die Frage gehen, wie man mehr Gelder einstellen könne. Fest stehe, dass in dieser Gesellschaft die Gewalt gegen Frauen massiver werde. Man brauche mehr Kompensationsmöglichkeiten und Auffangstrukturen. Das werde an der Stelle nicht geleistet. Rot-Grün habe sich in der Vergangenheit immer gegen die Sparvorschläge durchgesetzt.

Auch nach Ansicht von **Helga Gießelmann (SPD)** können die Kürzungen in den Frauenhäusern nicht kompensiert werden. Schutz und Hilfe gebe es nur in den Frauenhäusern. Man habe Betten abgebaut. Es gebe Wartelisten, es werde an andere Häuser verwiesen. Oft wünschten Frauen die Nähe zu bestimmten Schulen, wenn

das unter Sicherheitsaspekten noch möglich sei. Sie kämen aber einfach nicht in dem Haus unter, in das sie wollten. Das habe man ihr geschildert.

Die Einrichtungen, die gewaltbetroffene Frauen berieten, seien auf den ambulanten Bereich ausgerichtet. Die vierte Stelle im Frauenhaus sei besonders für die nachsorgende Beratung vorgesehen gewesen. Das sei niedrigschwellig. Wenn Frauen in dem Haus Schutz, Hilfe und Ansprechpartnerinnen gefunden hätten, dann würden sie da später auch wieder anrufen, wenn nachher ein Problem entstehe. Dadurch könnten Folgekosten an vielen Stellen gespart werden.

Mit Blick auf die Kinder in Gewaltbeziehungen sei an vielen Stellen etwas abgebaut worden. Man könne es sich nicht leisten, eine nächste Generation von Gewaltopfern zu produzieren. Eine ordentliche Beschäftigung sei dringend notwendig. Sie plädiere dafür, den alten Zustand wiederherzustellen.

**Maria Westerhorstmann (CDU)** betont, der Frauenhaushalt habe in diesem Jahr keine Kürzungen erfahren, er zeichne sich durch Beständigkeit aus. Früher sei viel von Sparen und Haushaltskonsolidierung die Rede gewesen, aber getan worden sei letztendlich nichts. In dieser Legislaturperiode seien alle Haushalte daran beteiligt, die Finanzen in Nordrhein-Westfalen auf einen sicheren Weg zu bringen. Ihre Fraktion stimme dem Haushaltsplan zu. Sie bedanke sich bei dem Minister, dass man diese Beständigkeit weiter vorfinde und dass er sich dafür einsetze. Ihre Fraktion lehne die vorliegenden Anträge ab.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)** bezeichnet es als abenteuerlich, von einer Qualitätsminderung zu sprechen und gleichzeitig Anträge ohne konkrete Deckungsvorschläge zu präsentieren. Die Fachabgeordnete sage einfach, man solle darauf vertrauen, dass die Deckungsvorschläge in einem anderen Ausschuss vorgelegt würden.

Sie bedanke sich bei Minister Laschet, dass es angesichts dieser Haushaltslage – 120 Milliarden € Schulden – gelungen sei, den Haushalt zu überrollen. Man finde exakt die gleichen Zahlen vor, die es auch im Jahre 2006 gegeben habe. Kein Weg führe daran vorbei, in diesem Land einzusparen. Diese Situation sei auch durch Haltungen entstanden, die Frau Steffens gerade an den Tag gelegt habe, alles Mögliche zu fordern und sich über die Gegenfinanzierung irgendwann erst einmal Gedanken zu machen. Das sei keine seriöse Politik. Man habe gegenüber den Menschen, gegenüber der jungen Generation in Nordrhein-Westfalen, gegenüber den Frauen eine Verantwortung. Dazu gehören auch eine nachhaltige Politik und eine Entschuldung des Landes. Wenn ein Haushalt überrollt werden könne, wenn die Zahlen so blieben wie im vergangenen Jahr, dann sei das ein Riesenerfolg.

Es treffe nicht zu, dass sich die Anzahl der Betreuungsplätze in den Frauenhäusern verringert hätte. Sie verweise auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage - vgl. Drucksache 14/497. Danach habe es im Jahre 2005 602 Unterbringungsplätze gegeben, im Jahre 2006 – im dem Jahr habe man die gleichen Haushaltszahlen gehabt –, habe man 603 Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt, also sogar noch einen Platz mehr.

Die wichtigen Bereiche der Frauenpolitik würden nicht gekürzt. Sie stünden weiter im Fokus. Sie verweise auf die Initiativen, andere Kräfte außerhalb des Landeshaushaltes mit ins Boot zu holen, um Projekte voranzubringen. Sie erinnere an das Eckpunktetpapier Zwangsverheiratung. Das sei eine tolle Sache, die der Minister hier präsentiert habe.

Ihre Fraktion habe bereits in anderen Ausschüssen gesagt – das gelte auch für den Frauenausschuss –: Wenn Anträge formuliert würden, würden sie im HFA gestellt. Dann könnten die Abgeordneten auf einen Blick sehen, wie in dem Gesamthaushalt gegenfinanziert werde. Nur das sei seriöse Finanzpolitik. Man müsse sich neue Spielräume erarbeiten, um zukünftig wieder besser fördern zu können. Dafür müsse man den Haushalt konsolidieren. Der Bereich Frauenpolitik habe keine Kürzungen hinnehmen müssen. Das sei ein großer Erfolg, wofür sie sich bedanke. Die Anträge werde ihre Fraktion ablehnen.

**Annette Watermann-Krass (SPD)** schickt voraus, niemand brauche hier Nachhilfestunden in Parlamentarismus. Zum wiederholten Male fänden Haushaltsberatungen statt, in denen sich die Regierungsfractionen keine Mühe gäben, Anträge zu stellen. Wenn es Änderungen geben sollte, dann bitte sie, diese doch im Fachausschuss vorzustellen und nicht erst nachher im Haushalts- und Finanzausschuss. Dies sei auch eine parlamentarische Gepflogenheit.

Zu der immer gleichen Platte der Entschuldung: Das sei ein Märchen. Es habe noch nie einen so kostenträchtigen Haushalt gegeben wie jetzt.

Neben den Kürzungen würden wichtige Weichenstellungen vorgenommen. In vielen Bereichen würden Konzepte auf den Weg gebracht, Fachtagungen fänden statt, das Handlungskonzept zur Bekämpfung der Zwangsheirat liege vor. Die Erkenntnisse lägen vor. Es müsse deutlich mehr passieren. An dieser Stelle dürfe man keine Kürzungen vornehmen.

Die Hälfte der Unterbringungsplätze in Frauenhäusern sei für Kinder vorgesehen. Man dürfe nicht die Auswirkungen auf Kinder außer Acht lassen, die in Familien mit Gewalterfahrungen groß würden. Das trage sich weiter. Da gehe es um Kosten, die von der Jugendhilfe bis hin zum Erwachsenenalter getragen werden müssten. Wenn man an der Stelle eine gute, qualitativ hochwertige Arbeit leiste, sei das Prävention. Die Kinder, die in den Frauenhäusern untergebracht seien, müssten eine vernünftige Betreuung bekommen.

**Ursula Meurer (SPD)** gibt zu bedenken, dass die Aufgaben in den Frauenhäusern zugenommen hätten. Viele Aufgaben würden auch in dem Handlungskonzept gegen Zwangsverheiratung beschrieben. Sie zitiere aus Vorlage 14/1372, die unter TOP 8 noch diskutiert werde. Auf Seite 10 heiße es:

„Daneben bieten 62 Frauenhäuser, 55 Frauenberatungsstellen und 48 Frauen-Notrufe den Betroffenen Hilfe und Unterstützung. Diese vorbildliche Fraueninfrastruktur leistet Krisenintervention, ist erfahren in der Bera-

tung von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte und zeigt Betroffenen und deren Vertrauenspersonen Handlungsmöglichkeiten auf.“

Das sei aber nicht zu leisten, wenn Urlaubsvertretungen, wenn Nachbetreuung nicht mehr gewährleistet seien. Mit drei Kräften könne man das nicht bewältigen.

Zurück zur soliden Haushaltsfinanzierung: Man könnte zum Beispiel die drei neuen Stellen in der Staatskanzlei einsparen. Da gebe es noch die Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge. In diesem Bereich lägen genügend Gutachten vor. Man wisse, was Zwangsverheiratung sei, man wisse, was Gewalt gegen Frauen bedeute. Jetzt müsse man handeln.

An Frau Pieper-von Heiden gewandt, fährt die Rednerin fort, die frühere Opposition habe damals zahlreiche Anträge in den Fachausschüssen gestellt, die nicht ordentlich gegenfinanziert gewesen seien. Das habe man gestern schon im AGS besprochen. Das sei unseriöse Politik.

Zum Thema Gewalt gegen Frauen: Am 2. November habe sie die Nachricht erhalten, dass am Sonntag zuvor eine Bewohnerin des Frauenhauses in Warendorf in Düsseldorf von ihrem Ehemann umgebracht worden sei. Nachdem er sie in der Nacht von Samstag auf Sonntag erdrosselt habe, habe er Sonntagmorgen selbst die Polizei angerufen. Die Frau habe ihre Kinder in einer Jugendhilfeeinrichtung in Düsseldorf besucht und sei noch einmal in die ehemals gemeinsame Wohnung zurückgekehrt. Sie hinterlasse zwei Kinder, zehn und zwölf Jahre.

Solche Dinge würden passieren, wenn man nicht rechtzeitig etwas gegen Gewalt unternehmen würde. Sie halte es für unerträglich, dass so etwas einer Frau passiere, die in einem Frauenhaus Schutz gesucht habe. Ihre Fraktion habe beschlossen, Anträgen ohne Gegenfinanzierung nicht zuzustimmen. Aufgrund der Debatte werde ihre Fraktion diesem Antrag aber zustimmen.

Nach dem Haushaltsberatungsverfahren sei eine Einzelplanberatung aus fachlicher Sicht in den einzelnen Fachausschüssen vorgesehen, betont **Barbara Steffens (GRÜNE)**. Man berate hier nur den Einzelplan, der das Ministerium Laschet betreffe. Deckungsvorschläge aus anderen Häusern hätten in diesem Ausschuss keine Rolle zu spielen. Die Deckungsvorschläge kämen aus anderen Bereichen.

Ihre Fraktion habe ein geschlossenes Konzept. Aufgabe der Abgeordneten dieses Ausschusses sei es, die Anträge fachlich zu bewerten. Wenn man den Anträgen fachlich zustimmen könne, könne man sich auch im HFA den Deckungsvorschlägen anschließen oder eigene einbringen. So funktioniere das Beratungsverfahren. In diesem Haushalt gebe es im Übrigen etliche Bereiche, in denen aufgestockt worden sei. In anderen Einzelplänen würden andere Prioritäten gesetzt. Ihre Fraktion würde die Prioritäten hier setzen und Mittel im Haushalt umverteilen. Das habe auch nichts mit Deckung zu tun. Wenn man den Anträgen nicht zustimmen wolle, dann doch nur aus dem Grunde, dass man einen Antrag für falsch halte. Das wäre eine ehrliche Antwort.

Die Zahlen aus der Antwort auf die Kleine Anfrage seien einfach übernommen worden. Es gebe etliche Zuschriften, die belegten, dass insgesamt 44 Plätze für Frauen

und Kinder in den Einrichtungen als Folge der Kürzungen abgebaut worden seien. In 79 % gebe es Einschränkungen bei der Ansprechbarkeit der Mitarbeiterinnen in den Häusern. In 71 % hätten Gruppenangebote zur Stabilisierung und Integration von Migrantinnen und zur Gewaltverarbeitung eingestellt oder drastisch reduziert werden müssen. Angebote für Mütter zur Erziehungshilfe seien den Kürzungen zum Opfer gefallen. Zu 75 % seien Einzelberatungen von hilfeschuchenden Frauen eingeschränkt worden.

Schwerwiegend seien die Folgen für die Kinder: In 54 % seien die Gruppenangebote eingeschränkt oder eingestellt worden. Die Einzelarbeit mit Kindern sei in 63 % eingeschränkt worden, die Nachbetreuung sei reduziert worden. Sie könne viele Dinge weiter benennen. Wenn man bei der Gewaltprävention und der Gewaltaufarbeitung von Kindern nichts tue, habe man Folgekosten, die um ein Vielfaches höher lägen, man habe Schicksale zu verantworten. Es sei zynisch, auf die Platzzahlen in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu verweisen. Besser wäre es, mit den Menschen zu reden und nicht die Augen vor den Einschränkungen zu verschließen.

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet**, gibt an, die Zahlen, die in der Antwort auf eine Kleine Anfrage genannt wurden, würden nicht gewürfelt, sondern sie seien das Ergebnis des Förderprogramms Controlling, zu dem die Träger die Zahlen geliefert hätten. Danach habe es keine Verringerung der Gesamtplatzzahl gegeben. Früher habe es 602 Plätze gegeben, jetzt gebe es 603 Plätze.

Wenn eine Frau das Frauenhaus verlasse, in die Wohnung zurückgehe und dort umgebracht werde, dann sei das etwas ganz Schreckliches. Es habe allerdings nichts mit der Zahl der Plätze in den Frauenhäusern zu tun. Auch wenn man 2.600 Plätze hätte und die Frau in die Wohnung gehe, könne ein solches Verbrechen passieren.

Bei den Kindern sinke die Zahl der benötigten Plätze seit 2001, vorrangig deshalb, weil es weniger Kinder gebe. Das habe nichts damit zu tun, dass im Jahre 2006 die vierte Stelle weggefallen sei. Seit 2001 habe man weniger Kinder in den Frauenhäusern, was zum einen durch den Rückgang der Kinderzahl insgesamt zu erklären sei, zum anderen werde die Wegweisungsmöglichkeit, die es jetzt rechtlich gebe, vermehrt genutzt. Die Männer würden der Wohnung verwiesen und die Frauen könnten mit den Kindern in den Wohnungen verbleiben. Man müsse auch einmal die rechtliche positive Wirkung dieser Gesetzgebung mit einbeziehen.

Die gute Infrastruktur, die zweifellos Ergebnis der früheren Politik gewesen sei, sei erhalten worden. NRW habe mit den Angeboten für von Gewalt betroffene Frauen eine sehr gute Infrastruktur. Es gebe weiterhin 62 Frauenhäuser. Damals sei behauptet worden, Frauenhäuser müssten schließen. Kein einziges Frauenhaus habe schließen müssen. Die Platzzahl habe man beibehalten können.

**Rita Klöpper (CDU)** erinnert daran, dass die Frauenhäuser sehr darum gerungen hätten, ihren Bestand zu erhalten. Die gute Arbeit der Frauenhäuser habe sich in den Köpfen der Bevölkerung gefestigt, was dazu geführt habe, dass sich viele Sponsoren gefunden hätten, die Gelder an die Frauenhäuser gelenkt hätten. Dadurch sei es den

Frauenhäusern auch möglich geworden, ihre Arbeit auszudehnen. Sie freue sich, dass der Ansatz gleichgeblieben sei und vertraue darauf, dass die gute Arbeit der Frauenhäuser auch mithilfe der Gelder der Sponsoren fortgesetzt werden könne.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)** geht davon aus, dass sich Frau Meurer in ihrer Argumentation vergaloppiert habe. Der Frau sei das Schlimmste passiert, was man sich vorstellen könne. Sie sei von dem Menschen umgebracht worden, mit dem sie früher in einer Beziehung gestanden habe. Das habe nichts mit Frauenhäusern zu tun.

Vor ein paar Monate habe es in Bielefeld-Altenhagen einen ähnlichen Fall gegeben. Eine junge Frau sei mit ihrem Sohn ausgezogen, wollte morgens zur Arbeit gehen und das Kind mitnehmen. An der Treppe im Hausflur sei sie von ihrem Ex-Mann überfallen und umgebracht worden. Das Kind sei Zeuge des Vorfalls gewesen. Solche Verbrechen kämen in überschuldeten Familien vor, sogar in Familien, in denen die Menschen sich lieben würden. Da komme ein Familienvater plötzlich auf die Idee, seine Frau und seine Kinder umzubringen. Das seien kriminelle Taten, die man auf andere Art und Weise verhindern müsse, die aber nichts mit Frauenhäusern zu tun hätten.

Wenn es an irgendeiner Stelle in einem Frauenhaus eine Sicherheitslücke geben würde, dann wäre dies der Ort, darüber zu reden. Diese Frau sei nicht im Frauenhaus gewesen. Man könne Frauen auch nicht an die Kette legen. Sie seien selbstbestimmt, man könne sie doch nicht entmündigen. Die Frauen hätten Bewegungsfreiheit. Solche Schicksale könne man von außen oft nicht verhindern. Immer wieder fänden Beziehungstaten statt. Da gebe es keine hundertprozentige Sicherheit. Das könne auf der Straße, im Haus oder im Wald passieren, wobei es selten im Wald passiere.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** hält es für sehr einfach, hier anzuführen, Gewalt passiere überall. Gewalt falle nicht vom Himmel, sondern habe etwas mit Geschlechterrollen und Gewaltbeziehungen zwischen den Geschlechtern zu tun. Das könne eine Gesellschaft sehr wohl aufbrechen und verändern. Im Frauenausschuss sollte man darüber reden, wie man diese Gewaltstrukturen, gewalttypischen Rollenmuster und Verhaltensweisen aufbrechen könne, welche Schutzfunktionen die Gesellschaft übernehmen könne, welche Räume sie schaffe, was sie dagegen setze.

Wenn eine Frau im Frauenhaus Schutz suche, müsse natürlich gefragt werden, was darüber hinaus passiere, welche Vernetzungsangebote, welche Begleitung, welcher Schutz, welche Strukturen der Frau mit an die Hand gegeben würden. Für eine Frau aus einer Gewaltbeziehung, die in ein Frauenhaus flüchte – die Kinder seien in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht –, wäre es am besten, wenn man sie, wenn sie in die Wohnung zurückwolle, begleite, ob das nun Polizeischutz oder etwas anderes sei. Das sei früher auch von der vierten Stelle mit organisiert worden.

Wenn die Frau Transferleistungen nach Hartz IV bekomme und sie in der nächsten Woche einen Termin bei ihrer Sachbearbeiterin habe, dann müsse sie sehr viele Unterlagen vorlegen. Unter Umständen müsse die Frau in die ehemalige gemeinsame

Wohnung und Unterlagen zusammensuchen. Sonst bekomme sie keinen Regelsatz. Die Notwendigkeit, die ehemalige Wohnung aufzusuchen, bestehe. Sie kenne das Beispiel nicht. Man müsse aber in solchen Situationen die Frauen schützen und ihnen Hilfe anbieten.

Der Ausschuss sollte ein Votum abgeben, wonach weit über die Frauenhäuser hinaus Strukturen, Begleitung und Schutzfunktionen geschaffen werden müssten.

Was die Sponsoren angehe, so wüsste sie gerne, wie viele Sponsorenmittel im Jahre 2007 zusätzlich von den Frauenhäusern eingeworben worden seien. Von dem, was ihr bekannte Frauenhäuser an zusätzlichen Spenden im Jahre 2007 bekommen hätten, könnten sie nachmittags ein Kaffeetrinken veranstalten. Davon könnten sie aber keine Personalstellen finanzieren. Das sei ein Witz. Das Geld für die strukturelle Finanzierung könne nicht über irgendwelche Spender eingeworben werden.

Nach Ansicht von **Ursula Meurer (SPD)** wäre die Frau, wenn man sie in ihre frühere Wohnung begleitet hätte, sicherlich nicht umgebracht worden.

Der Minister habe gesagt, seit 2001 seien die Plätze für Kinder kontinuierlich abgebaut worden. Ihr lägen die Zahlen bis einschließlich 2006 vor. Danach habe es im Jahre 2002 740 Plätze für Kinder, im Jahre 2003 731 Plätze für Kinder; im Jahre 2004 714 Plätze für Kinder; im Jahre 2005 732 Plätze für Kinder und im Jahre 2006 632 Plätze für Kinder gegeben. Das seien 100 Plätze weniger, wenn man die Jahre 2005 und 2006 vergleiche.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 035 – Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann – Titelgruppe 61 – Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen – Titel 684 61 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – Maßnahme 7 – Umsetzung des Landesaktionsplanes Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie Förderung von Maßnahmen zur Prävention** führt **Barbara Steffens (GRÜNE)** aus, der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zeige zahlreiche Handlungsfelder auf, die das Land NRW betreffen. Die Mittelerhöhung sei notwendig, insbesondere zur Finanzierung von Maßnahmen im Kampf gegen Genitalverstümmelung, gegen K.-o.-Tropfen und gegen Stalking. Der Aktionsplan sollte um 200.000 € aufgestockt werden.

**Ursula Meurer (SPD)** kommt auf die Vorlage 14/1383 des Innenministeriums zu sprechen. Die Mittel für die soziale Beratung in der Abschiebungshaft – Titel 684 30 – seien danach weiterhin vorhanden.

In der Vorlage heiße es unter 2 – Soziale Beratung in der Abschiebungshaft (Titel 684 30), dass im Haushaltsjahr 2008 der für die soziale Beratung für Frauen zustehende Betrag um 8,2 % höher sei als der entsprechende Belegungsanteil. Es werde nach wie vor dem besonderen Betreuungsbedarf für Frauen Rechnung getragen.

Ihre Fraktion habe ein Schreiben der Frauenberatungsstelle Düsseldorf e. V. erhalten. Es werde darum gebeten, die Stelle für die Beratung von Frauen in Abschiebehaft, die offensichtlich Opfer von Menschenhandel geworden seien, wieder zu finanzieren. Es heiÙe in dem Schreiben:

„Für 2008 ist für uns völlig unerklärlich angekündigt, dass unsere wichtige Arbeit in Neuss nicht weiter gefördert wird.“

Sie frage die Vertreter des Innenministeriums, ob die Mittel weiter zur Verfügung stünden oder nicht. – Die Antwort soll schriftlich nachgereicht werden.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** stimmt dem **Einzelplan 15** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **unverändert zu**.

